

légales, aux tribunaux extraordinaires dont l'établissement est interdit par l'art. 58 susvisé.

3° En prononçant ainsi qu'il l'a fait, le Tribunal fribourgeois n'a commis aucun déni de justice. Il s'est borné, dans une contestation de nature essentiellement administrative, à déclarer son incompétence par le motif qu'une loi spéciale attribue la connaissance de semblables litiges au Conseil d'Etat. Il s'agit en effet d'une question d'impôt, dont la solution, à teneur des art. 734 et 737 du Code de procédure civile, est attribuée au Conseil d'Etat, autorité à laquelle, selon la dernière de ces dispositions, ressortit « tout le contentieux qui se rapporte à la surveillance, à l'assiette, la répartition, la perception et le recouvrement des contributions. » Il n'y aurait lieu d'admettre l'existence d'un déni de justice que si cette autorité administrative refusait de son côté de se nantir de la contestation, ou si un tel refus était opposé par un juge incontestablement compétent.

Or rien de semblable ne s'est produit dans l'espèce. D'une part, en effet, les recourants n'ont point encore porté le litige devant le Conseil d'Etat, qui n'a pu prendre ainsi aucune décision. D'autre part, le refus du Tribunal de la Sarine ne peut être considéré comme opposé par un juge évidemment compétent ; au contraire, ainsi qu'il a déjà été dit, il s'agit dans l'espèce d'une question d'impôt, paraissant relever uniquement de l'autorité administrative.

4° Il n'y a pas davantage à s'arrêter à l'argument du recours, consistant à dire que c'est à tort que le Tribunal de la Sarine s'est déclaré incompétent pour trancher la question de constitutionnalité de la loi du 3 Décembre 1853 sur la Caisse hypothécaire, rapprochée de l'arrêté du 14 Mars 1881.

Il est évident que si ce Tribunal était incompétent par le motif qu'il s'agit d'une contestation administrative, il n'avait en aucun cas à examiner le mérite des dispositions légales invoquées ; son incompétence sur ce point allait de soi, et s'il a cru devoir en expliquer les motifs, cette circonstance ne saurait exercer de l'influence sur la décision intervenue.

Par ces motifs,

Le Tribunal fédéral
prononce :

Le recours est écarté comme mal fondé.

III. Doppelbesteuerung. — Double imposition.

90. Urtheil vom 23. Dezember 1882 in Sachen
Gränicher.

A. Alfred Gränicher, welcher bis Ende Juni 1882 als Ingenieur in Wäsen, Kanton Uri, angestellt war, wurde dort im Mai 1882 zu Bezahlung der Staats- und Gemeindesteuer für das ganze Jahr 1882 angehalten, und zwar hatte er zu bezahlen je 1 Fr. Kopfsteuer an Staat und Gemeinde, sowie 7 Fr. Einkommenssteuer an den Staat und 4 Fr. 20 Cts. Einkommenssteuer an die Gemeinde. Ende Juni nun siedelte A. Gränicher nach Loche, Kanton Neuenburg, über, wo er zur Bezahlung der Einkommenssteuer an Staat und Gemeinde für die letzten sechs Monate des Jahres 1882 angehalten wurde. Da eine vom Polizeivorstande von Loche an das Finanzdepartement des Kantons Uri gerichtete Reklamation, es möchte dem A. Gränicher die Hälfte der für 1882 im Kanton Uri bezahlten Steuern mit 6 Fr. 60 Cts. restituirt werden, von der Finanzkommission des Kantons Uri am 13./16. Oktober 1882 mit der Begründung, daß im Kanton Uri das System der Jahresbesteuerung gesetzlich anerkannt sei und eine Pflicht zur Rückerstattung bereits bezahlter Steuern nicht bestehe, abgewiesen wurde, so ergriff A. Gränicher den Rekurs an das Bundesgericht; in seiner Rekurschrift beantragt er mit der Bemerkung, daß hier unzweifelhaft eine unzulässige Doppelbesteuerung vorliege, das Bundesgericht möge entscheiden, ob der Kanton Uri und die Gemeinde Wäsen zur Rückbezahlung der Hälfte der für 1882 erhobenen Steuern gezwungen werden

können, oder ob der Kanton Neuenburg, respektive Locle die erhobenen Steuern für das zweite Halbjahr 1882 rückzugewähren haben.

B. In ihrer Namens der Finanzkommission und des Regierungsrathes des Kantons Uri, sowie Namens des Gemeinderathes von Wasen erstatteten Bernehmlassung auf diese Beschwerde, stellt die Staatsanwaltschaft des Kantons Uri die Anträge: Es sei der von Alfred Gränicher erhobene Rekurs wegen angeblicher Doppelbesteuerung als unbegründet abzuweisen, unter Kostenfolge, eventuell, es sei auf die betreffende Rekursbeschwerde nur insoweit einzutreten, daß es dem Rekurrenten überlassen bleibe, vor den zuständigen Gerichten des Kantons Uri eine Klage auf Rückerstattung einer Hälfte der in diesem Kanton für das Jahr 1882 bezahlten Steuer einzubringen. Zur Begründung wird bemerkt: Rekurrent habe die Steuer im Kanton Uri ohne jeglichen Rechtsvorbehalt bezahlt; auffällig erscheine nun, daß er nachher die Steuer im Kanton Neuenburg ohne weiters bezahlt habe; er hätte jedenfalls vorher einen Entscheid der kompetenten Behörde, in letzter Instanz des Bundesgerichtes, auswirken sollen. Da er dies unterlassen habe, so habe er sich eine allfällige Doppelbesteuerung selbst zuzuschreiben. Im Kanton Uri bestehe nach dem Gesetze vom 6. Juni 1875 das System der Jahresbesteuerung und es sei bisher Niemanden eingefallen, eine bereits bezahlte Steuer wegen spätern Domizilwechsels zurückzufordern, jedenfalls sei dies in Betreff der Kopfsteuer, welche für den Einziehenden mit der Deponirung der Schriften im Kanton Uri verfalle, durchaus unzulässig. Auch habe das Bundesgericht bereits in dem Rekursfalle Ethénoz, (Amtliche Sammlung III, S. 9—11) entschieden, daß bereits bezahlte Steuern nur im Civilprozeßwege, nicht im Wege des staatsrechtlichen Rekurses, zurückgefordert werden können. Der Unterschied zwischen dem Rekursfalle Ethénoz und dem gegenwärtigen bestehe blos darin, daß Ethénoz zur Zeit der Bezahlung der Steuer an den Kanton Waadt schon im Kanton Neuenburg gewohnt habe, während Rekurrent zur Zeit der Steuerentrichtung an den Kanton Uri noch in diesem Kanton gewohnt habe; allein dieser Unterschied

sei unerheblich, da auch Rekurrent zur Zeit der Steuererhebung seinen Wegzug aus dem Kanton Uri auf Ende Juni bestimmt festgesetzt gehabt habe. Eventuell könne jedenfalls der Rekurs, insoweit er die Rückforderung der an die Gemeinde Wasen bezahlten Gemeindesteuer betreffe, überhaupt nicht oder doch zur Zeit nicht vom Bundesgerichte beurtheilt werden, so daß nur die Rückforderung der bezahlten Staatssteuer in Frage kommen könne.

C. Der Munizipalkrath von Locle, dem zur Vernehmlassung ebenfalls Gelegenheit gegeben wurde, verweist einfach darauf, daß er den Rekurrenten blos pro rata seines Domizils im Gemeindebezirke nach Maßgabe der bestehenden Gesetze und Verordnungen besteuert habe.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Es ist zunächst gar nicht einzusehen, warum, wie die Staatsanwaltschaft des Kantons Uri ohne alle nähere Begründung behauptet, das Bundesgericht den Rekurs, soweit er gegen die Gemeinde Wasen gerichtet ist, nicht oder doch zur Zeit nicht sollte beurtheilen können. Denn es ist ja klar und wurde in der bundesrechtlichen Praxis von jeher anerkannt, daß das bundesrechtliche Verbot der Doppelbesteuerung sich auch auf die gleichzeitige Heranziehung des nämlichen Steuersubjektes und Objektes zur Gemeindebesteuerung in Gemeinden verschiedener Kantone bezieht.

2. Da nun Rekurrent unbestrittenermaßen nur während der ersten Hälfte des Jahres 1882 im Kanton Uri gewohnt hat, während der zweiten Hälfte dieses Jahres dagegen im Kanton Neuenburg, beziehungsweise in der Gemeinde Locle, sich aufhielt, so ist derselbe für seine Person, beziehungsweise für sein bewegliches Vermögen und Einkommen, gewiß auch nur für die erste Hälfte des genannten Jahres der Steuerhoheit des Kantons Uri unterworfen, während er für die Zeit von Ende Juni 1882 an der Steuerhoheit an seinem neuen Wohnorte im Kanton Neuenburg untersteht. Denn die bundesrechtliche Praxis hat in zahlreichen Entscheidungen (siehe z. B. Zeitschrift für schweizerische Gesetzgebung und Rechtspflege, Band IV, S. 27 u. ff. und Amtliche Sammlung der

Entscheidungen des Bundesgerichtes III, S. 10; ibidem S. 187 u. ff. VIII, S. 168 u. ff.) den Grundsatz aufgestellt, daß bei wechselndem Domizil eines Steuerpflichtigen derselbe für seine Person beziehungsweise sein bewegliches Vermögen und Einkommen von jedem der beteiligten Kantone nur pro rata der Dauer seines wirklichen Aufenthaltes im Kantonsgebiet besteuert werden könne. Die Anwendung dieses Grundsatzes auf den vorliegenden Fall kann auch selbstverständlich dadurch nicht ausgeschlossen werden, daß der Kanton Uri, wie übrigens noch manche andere Kantone, seine direkten Steuern gemäß seiner Gesetzgebung in Jahresraten erhebt; denn diese Bestimmung des kantonalen Steuergesetzes kann selbstverständlich nur in soweit zur Anwendung gebracht werden, als dadurch nicht gegen bundesrechtliche Grundsätze, welche dem Kantonalrechte unbedingt vorgehen, verstoßen wird.

3. Es muß auch der Satz, daß Rekurrent im Kanton Uri nur für die Hälfte des Jahres 1882 der Besteuerung unterworfen werden könne, nicht nur für die Einkommens- oder Erwerbssteuer, sondern auch für die Kopfsteuer festgehalten werden. Denn auch die Kopfsteuer ist keineswegs etwa, wie die Staatsanwaltschaft des Kantons Uri andeuten zu wollen scheint, eine für bestimmte, im Interesse des Pflichtigen vorgenommene, Akte der Staatsgewalt, wie die Ertheilung der Niederlassungsbewilligung u. dgl. erhobene Gebühr, sondern eine eigentliche, zu Ergänzung des Systems der direkten Abgaben bestimmte Steuer, welche unmittelbar die Person des Pflichtigen trifft und daher auch nur für diejenige Zeit erhoben werden darf, während welcher der Pflichtige der Steuerhoheit des betreffenden Kantons unterworfen ist. Es ist auch nicht einzusehen, warum eine solche antheilmäßige Berechnung der Kopfsteuer juristisch unmöglich oder unlogisch sein sollte. Denn die Kopfsteuer ist, wie jede andere Steuer, ein Beitrag des Pflichtigen für Deckung der Staats- und Gemeindeausgaben und wird daher vom Pflichtigen, nach dem allgemeinen Grundsatz des Bundesrechtes, bloß für diejenige Zeit geschuldet, während welcher er die öffentlichen Einrichtungen des betreffenden Kantons genießt, d. h. sich in demselben aufhält.

4. Es ist demnach zweifellos, daß Rekurrent bundesrechtlich nicht verpflichtet ist, die Steuer für die zweite Hälfte des Jahres 1882 im Kanton Uri zu bezahlen. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Uri wendet nun aber ein, daß diese Steuer bereits bezahlt sei und daß, nach den vom Bundesgerichte speziell in seiner Entscheidung in Sachen Ethénoz aufgestellten Grundsätzen, die Rückforderung bereits bezahlter Steuern nicht im Wege des staatsrechtlichen Rekurses beim Bundesgerichte geltend gemacht werden könne. In dieser Beziehung ist allerdings richtig, daß von den Bundesbehörden in mehrfachen Entscheidungen (vergleiche z. B. noch Amtliche Sammlung I, S. 48, Erwägung 3; VI, S. 348, Erwägung 4; VIII, S. 170, Erwägung 5) ausgesprochen worden ist, daß, da bei Rückforderung bereits bezahlter Steuerbeträge nicht bloß die prinzipielle Frage der Doppelbesteuerung zu entscheiden sei, sondern auch die Grundsätze des kantonalen Rechtes über die Rückforderung einer bezahlten Nichtschuld in Frage kommen, das Bundesgericht als Staatsgerichtshof über solche Rückforderungsbegehren nicht entscheiden könne. Allein dieser Grundsatz kann doch jedenfalls nur in solchen Fällen seine Anwendung finden, wo wirklich vom Pflichtigen eine Nichtschuld freiwillig bezahlt worden ist und daher gefragt werden kann, ob er zur Rückforderung der Zahlung wegen Irrthums nach den einschlägigen Grundsätzen des kantonalen Rechtes befugt sei. Dies trifft aber in Fällen der vorliegenden Art nicht zu. Denn zur Zeit der Steuerentrichtung im Kanton Uri unterstand Rekurrent zweifellos noch der dortigen Steuergesetzgebung und war daher nach Mitgabe derselben verpflichtet, die Steuer für das ganze Jahr sofort zu bezahlen, so daß hier von freiwilliger Zahlung einer Nichtschuld und Anwendung der diesbezüglichen Grundsätze des kantonalen Rechtes nicht die Rede sein kann und mithin das Bundesgericht, da lediglich die Entscheidung der prinzipiellen Frage der Doppelbesteuerung hierfür maßgebend ist, befugt ist, die Restituirung der zu viel bezahlten Steuer von sich aus anzuordnen. Andernfalls wäre ja in allen Fällen, wo ein Steuerpflichtiger im Laufe des Steuerjahres seinen Wohnsitz wechselt, nachdem er am frühern Wohnorte die Steuer für das ganze Jahr bereits hat bezahlen müssen,

dem Betreffenden der bundesgerichtliche Schutz entzogen, was offenbar nicht angenommen werden kann.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Der Refers wird in dem Sinne als begründet erklärt, daß der Kanton Uri und die Gemeinde Wasen als pflichtig erklärt werden, dem Refurrenten die Hälfte der von ihm für das Jahr 1882 an Staat und Gemeinde bezahlten Steuern zu restituieren.

IV. Gerichtsstand. — Du for.

1. Gerichtsstand des Wohnortes. — For du domicile.

91. Arrêt du 10 Novembre 1882 dans la cause Béguin.

Par procuration datée du 18 Juin 1881, Jules Béguin, alors domicilié à la Hautefin (Fribourg), et actuellement à Berne, a chargé l'avocat Uldry, à Fribourg, de plaider divers procès, entre autres contre l'avocat Heimo. Sous chiffre 7 de cet acte, Béguin « ratifie ce qui a été fait à ce jour, soit vis-à-vis de l'avocat Heimo, soit vis-à-vis de toutes autres parties adverses, renonçant vis-à-vis de son mandataire au bénéfice de l'art. 59 de la Constitution fédérale. »

Le 19 Juin 1881. Béguin a transféré son domicile à Berne, et par arrêt du 2 Juin 1882, le Tribunal fédéral a admis la réalité de ce transfert à partir du 21 Juin 1881.

Dans le courant de 1882, l'avocat Uldry actionna Béguin devant les tribunaux fribourgeois en règlement, soit modération de nombreuses listes de frais, et ce par citation spéciale pour chacune des listes en question.

La notification de toutes ces citations eut lieu aux greffes de ces autorités respectives; quelques-unes paraissent toutefois avoir été également adressées, par lettre chargée, à H. Juat-Sessler, à Berne, curateur de Béguin.

Par lettres des 3, 11 et 12 Juillet aux Juges de Paix de Schmitten et de Fribourg, l'avocat Hofer de Berne, au nom de Béguin, soit du curateur de celui-ci, proteste contre ces procédés ; il déclare ne vouloir leur donner aucune suite, en invoquant le fait du domicile de son mandant à Berne.

L'avocat Hofer comparut toutefois aux audiences du président du Tribunal de la Singine, le 25 Juillet 1882, et du Juge de paix de Schmitten, le 2 Août suivant. Le dit avocat ayant excipé de nouveau de l'incompétence de ces autorités, ce déclinaire fut repoussé par décisions sous mêmes dates, notifiées aux parties les 31 Juillet et 15 Août 1882.

En revanche, les jugements intervenus en règlement des listes de frais ne paraissent pas avoir été communiqués directement à Béguin.

Par exploits du 8 Août 1882 et sous le sceau du Juge de paix de Schmitten, l'avocat Uldry notifie au curateur de Béguin des gagements sur les immeubles de la Hautefin, pour arriver au règlement des listes de frais modérées en faveur du saisissant et montant à 14 420 fr. 20 c.

Une autre saisie avait été pratiquée par Uldry les 2/3 Mai 1882 sur le prix d'un bail à ferme dû à Béguin, pour parvenir au payement d'un billet de 5000 fr., souscrit le 15 Novembre 1881 par ce dernier en faveur du prédit avocat. Béguin ayant perçu, dans l'intervalle, le montant du fermage en question, la saisie n'eut pas de suite.

Par ordonnance du 12 Septembre 1882, le président du Tribunal fédéral a suspendu, jusqu'après décision de ce tribunal, toutes les mesures, telles que saisies, séquestres, etc., qui pourraient être requises de l'office du juge de paix de Schmitten en exécution des listes de frais dont il s'agit.

C'est à la suite de ces faits que Juat recourt au nom de Béguin au Tribunal fédéral. Il conclut à ce qu'il lui plaise annuler, en application de l'art. 59 de la constitution fédérale, les décisions ci-après :

1° Les règlements de listes de frais effectués par le Juge de paix de Schmitten, ainsi que sa décision sur le déclinaire.